Ä9 Abschnitt "Stadtgrün entdecken und erhalten"

Antragsteller*in: Benjamin

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 3 bis 5 einfügen:
Bevölkerung und für wild lebende Tier- und Pflanzenarten. In Berlin sind die grünen Rückzugs- und Erholungsorte durch zunehmende Versiegelung in Gefahr. Rund 50 Hektar Flächenverbrauch stehen jährlich auf dem Speiseplan der Betonraupe

Von Zeile 7 bis 8 einfügen:
Auch die zunehmende Verdichtung der Stadt durch engere Bebauung führt dazu, dass es weniger Frischluftschneisen gibt. Die Folge ist ein schlechtes Stadtklima, das wir in den heißen

Von Zeile 16 bis 22:
Lungen unserer Stadt, Parks, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Kleingärten und Straßenbäume müssen nicht nur bewahrt, sondern weiter ~~entwickelt~~gefördert werden.

Treptow-Köpenick hat als grünster Berliner Bezirk~~,~~ neben der wertvollen Wald- und Seenlandschaft auch Brachflächen – die sogenannte urbane Wildnis und weitreichende Kleingartenflächen, welche zunehmend Begehrlichkeiten als Wohn- oder Gewerbestandorte ~~hervorrufen~~wecken. Bündnisgrüne Politik stellt ~~auch~~ in der Stadt und in unserem Bezirk das Primat wirtschaftlicher und privater Interessen in

Von Zeile 25 bis 27:
Artenvielfalt in Treptow-Köpenick und setzen uns dafür ein, dass Räume urbaner Wildnis erhalten ~~werden~~bleiben. Auch der behutsame Zugang zu diesen Räumen für die Erholungs- und Freizeitnutzung soll gefördert werden.

Wir begreifen es als unsere zentrale politische Aufgabe, die natürlichen Ressourcen zu schützen und sie gleichzeitig zur Grundlage einer nachhaltigen Wertschöpfung zu machen. Aus diesem Selbstverständnis heraus bilden den Kern unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik umweltschonende Technologien und regenerative Energien. Eine zweite Säule bildet der sanfte Tourismus. Die Wälder und Gewässer unseres Bezirks besser zu erschließen und damit den natürlichen Reichtum Treptow-Köpenicks zur wirtschaftlichen Grundlage vieler Menschen zu machen, ist unsere vorrangige Absicht.

Von Zeile 31 bis 33 einfügen:
ist ein wichtiger Beitrag zum Trinkwasserschutz. Grundsätzlich müssen Nutzungskonflikte offen thematisiert werden und gute Lösungen können nur gefunden werden, wenn Bürger*innen und lokale Akteure aktiv einbezogen werden.